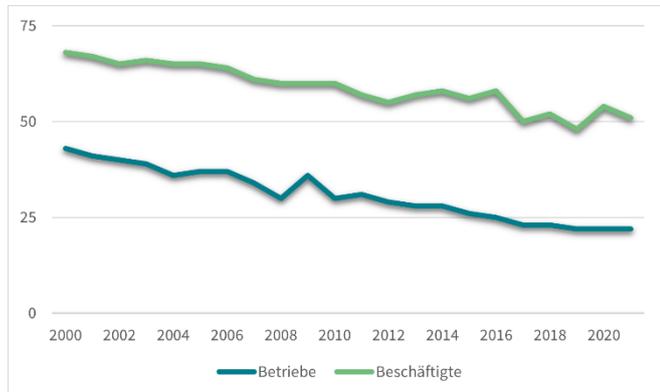


## Mehr Tarifbindung heißt mehr Einkommen, mehr Geld für Investitionen

Am 9. Juni sind Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Zu diesem Anlass formuliert der DGB Anforderungen an eine sozial gerechte Kommunalpolitik. Die Anzahl an Beschäftigten in Deutschland, die von einem Tarifvertrag profitieren, geht seit Jahren zurück. Baden-Württemberg liegt sogar unter dem Bundesdurchschnitt: Nur 22 Prozent der Betriebe sind tarifgebunden und gerade mal 51 Prozent der Beschäftigten genießen die Vorteile eines Tarifvertrags.

### Beschäftigte und Betriebe mit Tarifvertrag in Baden-Württemberg, in Prozent



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2023

Beschäftigte ohne Tarifvertrag arbeiten durchschnittlich 87 Minuten länger in der Woche und verdienen im Schnitt elf Prozent weniger als ihre Kolleg\*innen mit Tarifvertrag. Das entspricht bei Vollzeitbeschäftigten fast 700 Euro brutto im Monat. Im Jahr haben tarifgebundene Beschäftigte durchschnittlich 3.009 Euro netto mehr im Geldbeutel. Tarifverträge stärken die Kaufkraft der Be-

schäftigten massiv. Auch die Allgemeinheit profitiert von Tarifbindung. Höhere Beiträge zur Sozialversicherung stärken das Solidarsystem. Aus Baden-Württemberg fehlen den Sozialversicherungen durch Tariffucht jährlich 6,1 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer wären um vier Milliarden Euro höher, wenn alle Betriebe im Land nach Tarif zahlten. Insgesamt sorgt die fehlende Tarifbindung also für Mindereinnahmen von mehr als zehn Milliarden Euro. Mehr Tarifbindung bedeutet mehr Geld für dringend benötigte öffentliche Investitionen, gerade in den Kommunen. Ihnen entgehen allein aus ihrem Anteil der Einkommensteuer Einnahmen von 53 Euro pro Einwohner\*in.

### Öffentliche Vergabe muss Vorbild sein

Um die Tarifbindung zu stärken, muss der öffentliche Sektor eine Vorbildfunktion einnehmen. 2021 wurden bundesweit von der öffentlichen Hand Aufträge von mehr als 100 Milliarden Euro vergeben. Wir fordern ein neues Tariftreugesetz, damit öffentliche Aufträge nur noch tarifgebundene Unternehmen bekommen. Andere Bundesländer, etwa Berlin und Thüringen, haben umfassende Tariftreuregelungen eingeführt. Auf kommunaler Ebene sind Esslingen und Karlsruhe Vorbilder. Dort haben die Gemeinderäte beschlossen, dass Tariftreue Standard bei kommunalen Vergaben ist. Die EU verlangt, dass alle Mitgliedsstaaten bis November 2024 eine Tarifbindung von 80 Prozent - bezogen auf die Beschäftigten - vorweisen müssen. Deshalb ist jetzt Zeit für ein echtes Landestariftreugesetz.